



### **Teilnehmer:**

- Kristin Köhler vom Lehrstuhl für Kommunikationsmanagement in Politik und Wissenschaft der Universität Leipzig
- Professor Dr. Roland Klose, FOM Hochschule
- Marc Tüngler, DSW-Hauptgeschäftsführer
- Jürgen Kurz, DSW-Pressesprecher

### **Es gilt das gesprochene Wort**

*Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz)*

Meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich bei meiner Vorrednerin und meinem Vorredner bedanken. Die beiden Untersuchungen zeigen meiner Ansicht nach sehr deutlich, dass der Aktionärskompass, den wir in diesem Jahr zum ersten Mal vorstellen, hierzulande mehr und mehr in Richtung Emanzipation und Professionalisierung zeigt. Der Trend geht zum Do-it-yourself-Anleger, der die gebotenen Informationsquellen intensiv nutzt, sie aber auch kritisch hinterfragt. Die Portfolios der Anleger sind breit gestreut. Die Anlageentscheidungen sind in der Regel auf Langfristigkeit angelegt und werden zu einem Großteil auf Basis der eigenen Meinungsbildung getroffen. Die Rolle externer Berater spielt eine zunehmend kleiner werdende Rolle.

Die logische Konsequenz dieser Entwicklung ist der Abschied von dem Privatanleger als so genannte „schwache Hand“, die in Zeiten fallender Kurse ihre Aktien verkauft und erst wieder einsteigt, wenn selbst Boulevard-Zeitungen dazu raten – was übrigens ein sicherer Indikator dafür ist, genau das nicht zu tun.

Die Lernkurve der deutschen Privatanleger zeigt also deutlich nach oben. Hieran hatte insbesondere die zurückliegende so genannte „Dot-Com-Krise“ einen großen – wenn auch oft schmerzhaften – Anteil. Die Anleger befanden sich damals zu einem großen Teil noch im Bann der Vertriebsmaschinen der Banken. Sie handelten eindeutig zyklisch. So verzeichneten beispielsweise die Aktienfonds die mit Abstand größten Zuflüsse als der DAX sein bisheriges Allzeithoch erreicht hatte. 65,8 Milliarden Euro wurden

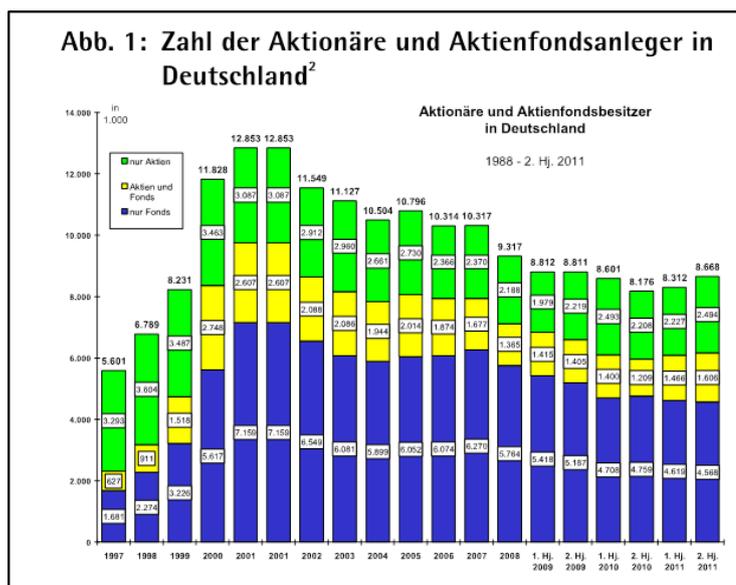


im Jahr 2000 in diese Assetklasse investiert. Dann folgte der dramatische Absturz der Börsen weltweit. Wie die Grafik zeigt, reagierten die Anleger darauf zeitverzögert. Erst im Jahr 2004, als die Kurse wieder zu steigen begannen, überstiegen die Abflüsse aus den Fonds die Zuflüsse. 3,5 Milliarden Euro zogen die Anleger ab.



Quelle: BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

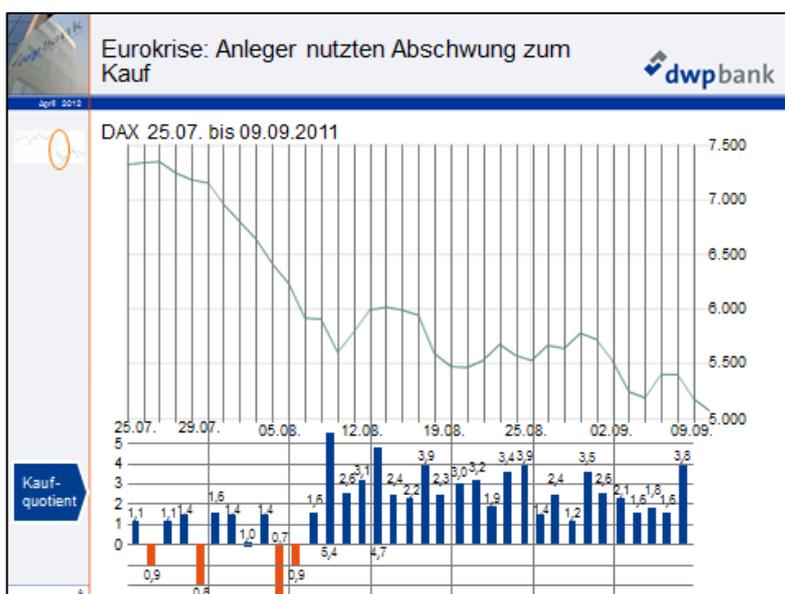
Schneller wirkte sich der Börsenabstieg auf die Zahlen der Aktionäre und Aktienfondsbesitzer aus. Wie die Daten des Deutschen Aktieninstituts (DAI) zeigen, ging es damit direkt nach dem Hoch im Jahr 2000 zunächst kontinuierlich nach unten.



Quelle: Deutsches Aktieninstitut (DAI)

Doch die Aktionäre haben aus ihren Fehlern gelernt. So steigen seit dem 1. Halbjahr 2011 die Zahlen wieder an.

Im insgesamt eher schlechten Börsenjahr 2011, der DAX sackte im Jahresverlauf von 6.980 auf knapp 5.900 Punkte ab, gehörten die Privatanleger laut einer Analyse der dwpbank sogar zu den Nettokäufern. Statt sich aus dem Markt zu verabschieden, wie sie es Stück für Stück nach dem Dot-com-Desaster getan hatten, nutzen sie also die aktuelle Schwächephase um zu kaufen.



Quelle: dwpbank

Was jetzt noch fehlt, und das haben die Ergebnisse der von Frau Köhler und Professor Klose vorgestellten Studien deutlich gezeigt, ist ein Level Playing Field in Sachen Informationen. Privatanleger haben ein Recht darauf, ihre Entscheidungen auf der gleichen Informationsbasis zu fällen, wie beispielsweise institutionelle Investoren. Obwohl der Vorsprung der Institutionellen im Zuge der stürmischen Entwicklung der Kommunikationstechnologie und sicher auch durch gesetzliche Vorschriften in vergangenen Jahren sowie die durchaus begrüßenswerten Aktivitäten der Unternehmen deutlich kleiner geworden ist, ist er nach wie vor da. Aber heute – in Zeiten des High-Speed-Handels – kann eben selbst ein winziger Informationsvorsprung entscheidend sein.

Leider zieht die Politik aus diesem Manko bisher eine völlig falsche Konsequenz. Sie versucht der Entwicklung zu begegnen, indem sie im Bereich der Geldanlage den Verbraucherschutz immer mehr in den Vordergrund schiebt, obwohl die Anlegerseite sich zusehends vom



Beratungsdruck durch Banken oder Finanzvermittler emanzipiert, also keine staatliche Bevormundung benötigt. Daher weist dieses Konzept nach Überzeugung der DSW in die falsche Richtung.

Ziel muss es vielmehr sein, die nutzbaren Informationen und das Wissen über die Zusammenhänge zu verbessern. Die Privatanleger sollen in die Lage versetzt werden, ihre Entscheidungen auf der Grundlage frei und unkompliziert zugänglicher, fundierter Fakten und Daten zu treffen. Und das nicht nur, wenn es um den Kauf von Aktien geht. So wäre es etwa im Versicherungs- und im Fondsbereich wünschenswert, wenn die Anleger anhand einer griffigen Kennzahl erfahren könnten, wie viel von ihrem Geld tatsächlich zur Erwirtschaftung einer Rendite zur Verfügung steht und wie viel als Kosten versickert.

Mit einer immer stärkeren Betonung des Verbraucherschutzes, wie es aktuell seitens der Politik versucht wird, ist das nicht zu erreichen. Sie führt zu einer grundlegenden Richtungsänderung des Kapitalmarktrechts weg vom Recht eines selbstverantwortlichen Anlegers hin zu einem stark fürsorgenden Recht des mit der Selbstverantwortung tendenziell überforderten Verbrauchers.

Der Verbraucherschutz soll, anders als der Anlegerschutz, eben nicht primär Informationslücken schließen. Ziel ist es stattdessen, Verbraucher vor unüberlegten oder nicht rationalen Entscheidungen und unangemessenen Vertragsgestaltungen zu schützen. Das aber zieht eine Einschränkung der Vertragsfreiheit nach sich, die so nicht akzeptabel ist. Nicht umsonst ist der Schutz vor unüberlegten oder irrationalen Entscheidungen dem Anlegerschutz fremd. Dies schon deshalb, weil in der Kapitalanlage eine zunächst irrational erscheinende Entscheidung sich relativ schnell als genau die richtige herausstellen kann. Wer wollte auch ernsthaft behaupten, im Vorfeld festlegen zu können, ob es irrational ist, sich mit einer Anlage gegen den Markt zu stellen? Wohl niemand.

Eins ist aus unserer Sicht klar: Wenn die Politik auf diesem Weg weitergeht, wird die Konsequenz die Entmündigung des Anlegers sein. Was das für Blüten treiben kann, ist in Ansätzen bereits heute zu



besichtigen. Die Fokussierung auf den Risikoaspekt der Banken hat beispielsweise dazu geführt, dass in der Beratung nur noch Produkte vorkommen, für die so genannte „PIBs“, Produktinformationsblätter, vorhanden sind. Das bedeutet, dass ein Berater, der seinem Kunden beispielsweise die Aktie des Chemiekonzerns BASF empfehlen will, dies nur kann, wenn ihm seitens der Bank ein entsprechendes PIB zur Verfügung gestellt wurde.

Daher appellieren wir an die Politik, sich wieder mehr dem Anlegerschutz zu widmen. Wir wollen nicht, dass Privatanlegern aufgrund einer falsch verstandenen staatlichen Fürsorgepflicht, der Weg zu bestimmten Anlageformen versperrt wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.